

Eine Pfarrervertreibung im Emsland von Gisela Kittel

Durch Neuwahl des Kirchenvorstands im März 2012 sind in einer Kirchengemeinde im Emsland 6 von 8 Kirchenvorstandsmitgliedern neu in das Gremium gekommen. (6 der 8 Mitglieder des alten Vorstands, mit dem der Gemeindepfarrer gut hatte zusammen arbeiten können, waren aus unterschiedlichen privaten Gründen nicht mehr angetreten.) Der neu gebildete Vorstand wird am 12. Juni in sein Amt eingeführt. Nach 5 Monaten – der neue Vorstand hat erst fünfmal getagt – kommt am 8. November der Superintendent in die Kirchenvorstandssitzung und die Tagesordnung wird plötzlich durch einen neuen Punkt erweitert. Dazu wird der Gemeindepfarrer für 40 Minuten vor die Tür geschickt. Wieder hereingerufen, erfährt er aus dem Mund des Superintendenten – allerdings nach Zeugenaussagen in verallgemeinernder und verschärfte Form - , was die Kirchenältesten, durch den Superintendenten dazu aufgefordert, gegen ihn vorgebracht hätten. Überrascht und schockiert, da völlig ahnungslos, bittet der Pfarrer, doch erst einmal allein mit seinen Kirchenältesten über deren Kritik an seiner Arbeit reden zu können. Doch dazu kommt es nicht. Vier Tage später, am 12. November, beantragt der Superintendent in Absprache mit dem Kirchenvorstand beim Landeskirchenamt in Hannover, das Verfahren wegen einer „nachhaltigen Störung in der Wahrnehmung des Dienstes“ nach § 79 (2) 5 und § 80 (1) EKD gegen den Gemeindepfarrer zu eröffnen. Und die Kirchenleitung zieht das Verfahren durch. Den Kirchenältesten wird (es gibt dafür Belege) sogar verboten, Gespräche zur Konfliktbewältigung mit dem Pfarrer zu führen. Dann, am 27. Januar 2013, kommt es zur offiziellen Eröffnung des Verfahrens. Der Pfarrer wird von seinen Ämtern entbunden, der völlig überraschten Gemeinde dies durch Abkündigung und Zeitungsnotiz bekanntgegeben. Wieder einige Monate später, am 12. August 2013, erfolgt die Versetzung in den Wartestand. Der Gemeindepfarrer wird mit einem befristeten Beschäftigungsauftrag zur Mitarbeit in drei Altenheimen eingesetzt, sein Gehalt auf 75% abgesenkt.